

chenland stieg sie interessanterweise noch bis Beginn der Finanzkrise, um dann desto kräftiger zu fallen. Irland und auch Spanien büßten weniger Lebenszufriedenheit ein, als auf Grund der Finanzkrise und der Medienberichte zu erwarten gewesen wäre. In Deutschland hat die Lebenszufriedenheit in der Finanzkrise hingegen überraschenderweise sogar zugenommen, vermutlich als Folge der allmählichen Überwindung der Wiedervereinigungsprobleme und -ängste; in Österreich (wie auch in Nordeuropa) ist die Einschätzung der Lebenszufriedenheit etwa gleich geblieben.¹⁴ Dort, wo die Voraussetzungen sich entsprechend geändert haben, reagiert die Einschätzung der Lebenszufriedenheit somit sehr wohl und auch durchaus kräftig.

1. Wieso beeinflusst die Finanzkrise die Lebenszufriedenheit der Österreicher so wenig?

Die überraschend geringe Betroffenheit der Österreicher von der gegenwärtigen Krise wie von den Budget- und Staatsschuldenproblemen und ihre Resistenz gegenüber den medialen Aufgeregtheit wird durch die Eurobarometer-Frage nach den zwei wichtigsten Problemen bestätigt, von denen das jeweilige Land nach Einschätzung der Befragten zum Zeitpunkt der Umfrage betroffen ist. Nicht Staatsschuld, Budgetdefizit oder Euro erregen die größte Besorgnis, sondern in merkwürdiger Asymmetrie Inflation und Arbeitslosigkeit: 36% der Österreicher nannten im November 2012 die Inflation (die damals 2,8% betrug) als das größte Problem, 32% die Wirtschaftslage und 26% die Arbeitslosigkeit (damals 7%). In der EU-27, in der die Lebenszufriedenheit seit Beginn der Finanzkrise gesunken ist, nannten hingegen 48% die Arbeitslosigkeit am häufigsten, 37% die Wirtschaftslage und 24% die Inflation; Arbeitslosigkeit wurde in 19 Staaten am häufigsten genannt, in 8 am zweithäufigsten. Die Staatsverschuldung erreichte bloß in Deutschland (34%) den ersten Platz unter den Nennungen, womit das Land von den europäischen Wertehierarchien deutlich abweicht; denn außer in den Ländern, deren Budgetprobleme so ernst sind, dass sie marktmäßig nicht finanziert werden können (Griechenland, Irland, Malta, Slowenien, Spanien und Zypern) kommt die Staatsverschuldung nur in Belgien unter den drei am häufigsten genannten Problemen des Landes vor; nirgends jedoch – außer in Deutschland – an erster Stelle, also vor Arbeitslosigkeit und Wirtschaftslage. Das österreichische Bild der Problemeinschätzung ist dem deutschen insofern nicht unähnlich, als auch hier, wie Tabelle 1 (Spalten 3 und 4) zeigt, Inflation und Staatsschuld als ernstere, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftslage hingegen als geringere Probleme angesehen werden als in der EU.¹⁵

Tabelle 1: Betroffenheit von Themen

	Land		persönlich	
	EU-27	Österreich	EU-27	Österreich
Arbeitslosigkeit	48%	26%	21%	10%
Wirtschaftslage	37%	32%	19%	7%
Inflation	24%	36%	44%	57%
Staatsschulden	17%	24%	x	x
Gesundheit	12%	11%	15%	17%
Steuern	9%	10%	16%	12%
Finanzielle Lage des eigenen Haushalts	x	x	15%	17%

Quelle: Eurobarometer 78. x: nicht erfragt.

Auf die Frage nach den Themen, die den jeweiligen Respondenten persönlich am meisten betreffen (Tabelle 1, Spalten 4 und 5), verlieren interessanterweise Arbeitslosigkeit und Wirtschaftslage gegenüber Inflation massiv an Bedeutung, und zwar sowohl in der EU als auch in Österreich. In der EU halten 48% Arbeitslosigkeit für das größte Problem, aber nicht einmal halb so viele fühlen sich davon persönlich betroffen, umgekehrt nennen bloß 24% Inflation als zentrales Problem, doch 44% fühlen sich davon persönlich betroffen. In Österreich ist die Schiefelage sogar noch viel deutlicher ausgeprägt: 57% der Respondenten halten Inflation für das wichtigste sie betreffende Problem (bloß 36% für das Land), hingegen bloß 10% Arbeitslosigkeit (26% für das Land); auch Steuern (12%) und die eigenen Finanzen werden in Österreich häufiger genannt. Es zeigt sich somit eine markante Tendenz der Abkoppelung des jeweils eigenen Schicksals von dem des Landes. Zum Teil dürfte das mit der weithin bestätigten psychologischen Erkenntnis zusammenhängen, dass diejenigen Gefahren als weniger bedrohlich eingeschätzt werden, die der Betroffene selbst beeinflussen kann: Die eigene finanzielle Lage und die eigene Beschäftigung glaubt man selbst steuern zu können, wogegen man der internationalen Entwicklung hilflos ausgeliefert ist. Wenn sich die Steuerbarkeit jedoch als Illusion herausstellt, ist die Enttäuschung allerdings besonders groß. Offen – und eher in psychologischen Arbeiten zu untersuchen – bleibt darüber hinaus die Frage, wieweit die bessere Einschätzung der eigenen Lage Ausdruck eines persönlichen Überlegenheitsgefühls ist (mich persönlich betrifft das alles nicht!) oder ob die schlechtere Einschätzung der Lage des eigenen Landes, und mehr noch des Auslands, bloß die unreflektierte Wiedergabe der medial vermittelten pessimistischen Einschätzungen ist. Eine generelle Antwort auf diese Frage kann hier nicht versucht werden.

Die folgenden Ausführungen versuchen, wenigstens für Österreich Erklärungen einerseits für die geringe Reaktion der Lebenszufriedenheit auf

Finanzkrise und schwache Wirtschaftslage zu finden, andererseits für die besonders stark ausgeprägte Abkoppelung der persönlichen Betroffenheit von der des Landes.

2. Zufriedenheit mit der eigenen Lage

Dass die Österreicher in der Arbeitslosigkeit sehr viel mehr ein nationales als ein persönliches Problem sehen, wird durch die Einschätzungen ihrer persönlichen und beruflichen Situation bestätigt. Wie Abbildung 4a zeigt, schätzen rund 75% der Österreicher ihre berufliche wie ihre finanzielle Situation als (sehr oder ziemlich) zufriedenstellend ein. Der Anteil der Zufriedenen ist im Verlauf der Krise, bis Frühjahr 2011, sogar kontinuierlich angestiegen und verharrt seither auf hohem Niveau. Die nationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage halten die Österreicher hingegen nicht bloß für wesentlich weniger günstig als ihre persönliche, die Einschätzung schwankt auch deutlich stärker (die Standardabweichung ist rund fünfmal so hoch): Der Euphorie gegen Jahresende 2007 folgte die Ernüchterung Mitte 2009; seither hat die Einschätzung wieder ihre früheren Werte erreicht. In markantem Gegensatz zu den Österreichern schätzen bloß 10% der EU-Bürger ihre berufliche und 20% ihre finanzielle Situation als zufriedenstellend ein, und die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage des jeweiligen Landes wird, anders als in Österreich, für günstiger gehalten als die persönliche Situation, die Betroffenheit ist somit erheblich größer (Abb. 4b). Zwar war auch schon in der Vorkrisenzeit der Anteil der mit ihrer finanziellen Situation Zufriedenen in der EU bloß halb so hoch wie in Österreich, seither hat er jedoch um ein Viertel abgenommen.

Die Österreicher schätzen nicht bloß ihre persönliche Beschäftigungssituation deutlich günstiger ein als die nationale, sie sehen auch die Zukunft des nationalen Arbeitsmarktes eher optimistisch: Die Frage, ob der Einfluss der Krise auf die Beschäftigung ihren Höhepunkt bereits erreicht hätte, beantworteten im Herbst 2012 44% der Österreicher positiv, hingegen bloß 29% der EU-Bürger. Interessanterweise sind vor allem die jungen Österreicher optimistischer: Von den 15- bis 39-jährigen Österreichern glaubt die Hälfte an ein Ende der Misere, gegen bloß ein Drittel der gleichaltrigen EU-Bürger. Da die Daten gewichtet sind, können Niveau wie Entwicklung bestenfalls zu einem geringen Teil auf die weniger wohlhabenden bzw. krisenbetroffenen EU-Mitgliedsstaaten zurückgeführt werden. Die Österreicher sind offenbar doch nicht die Raunzer, als die sie Literatur und Medien gerne bezeichnen. Anders als die anderen vertrauen sie offenbar darauf, dass die Beschäftigung ein vorrangiges Ziel der österreichischen Politik ist und bleibt, was auch ihre sonst schwer verständliche Angst vor Inflation wenigstens zum Teil erklären könnte.